Cottbuser
Herzblatt
Chośebuska wutšobka
Die linke Zeitung aus der roten Ecke

22. Jahrgang / Nr. 07 (240) Juli 2012 Bitte 0,75 Euro spenden

**Liebe Leser!
Wir machen keine Sommerpause!
Die nächste „Herzblatt“-Ausgabe wird Anfang August erscheinen**

Gedanken zum Göttinger Parteitag

Ein Neustart für DIE LINKE – Die Chancen nutzen!

Mit gemischten Gefühlen und vielen Unsicherheiten fuhr unsere Lausitzer Delegation gemeinsam nach Göttingen. Es war eine einmalige Situation, oder eher eine Zumutung, kaum zu wissen, welche GenossInnen für welche Parteiämter kandidieren werden. Die Möglichkeit im Vorfeld des Parteitages mit Mitgliedern Rücksprache zu halten, war uns aufgrund der diffusen Ausgangslage fast unmöglich.

Aus zwei Landtagen raus gewählt, im Saarland 5,2 Prozent verloren, und in der öffentlichen Wahrnehmung galt: Diese Partei kann nichts, weil sie nicht miteinander kann. So die nüchterne Zustandsbeschreibung im Mai 2012.

Leider war auch unser Kreisverband davon nicht ausgenommen. Obwohl wir uns vor vielen Jahren gegenseitig einen solidarischen und anständigen Umgang zugesichert haben und dies auch in Satzung und Programm verankert ist, fühlt sich der Bundestagsabgeordnete daran nicht gebunden. Dies ist mehr als bedauerlich.

Trotzdem werde ich mich auch weiterhin für eine faire Debattenkultur einsetzen. Parteimitglieder und Abgeordnete, die jedoch wiederholt die einfachen Regeln des innerparteilichen Umgangs missachten, dürfen von mir künftig keine Unterstützung erwarten.

Als Kreisvorsitzender habe ich mich gemeinsam mit weiteren BrandenburgerInnen seit dem 21. Mai für einen „dritten Weg“ eingesetzt. Ziel war es, die festen Konfrontationslinien der Partei zu verlassen und moderierend nach einer neuen personellen Lösung zu suchen. Im Ergebnis hat sich der Parteitag für diese Variante entschieden, wenn auch nicht mit einer weiblichen Doppelspitze.

Durch die Wahl von Katja Kipping und Bernd Riexinger als Parteivorsitzende ist der Neustart einer gesamtdeutschen LINKEN möglich. Die klaren Entscheidungen für Matthias Höhn als Bundesgeschäftsführer sowie für Raju Sharma als Bundesschatzmeister sind eine gute Grundlage für die künftige Zusammenarbeit.

Katja Kipping (67,1%) und Bernd Riexinger (53,5%) wurden von den Delegierten in Göttingen als neue Parteivorsitzende gewählt.
Foto: www.dielinke-hessen.de

Besonders erfreulich ist aus Brandenburger Sicht, dass alle drei märkischen KandidatInnen in den Parteivorstand gewählt wurden. Herzlichen Glückwunsch an Katharina Dahme (Potsdam), Thomas Nord (Frankfurt/Oder) und Renate Harcke (Potsdam). So werden auch unsere Erfahrungen in die inhaltlichen Diskussionen einfließen, die wir in Brandenburg sowohl in Oppositions- als auch in Regierungsverantwortung gewonnen haben.

Die Offenheit, mit der Gregor Gysi die Probleme der Partei und insbesondere der Bundestagsfraktion angesprochen hat, verdeutlichte allen Delegierten den Ernst der Lage. Nein, er hat keine Spaltung heraufbeschworen, sondern uns mitgeteilt, dass seine Kraft zur Integration erschöpft ist, weit mehr als eine Befindlichkeit.

Die unterschiedlichen Aufgaben einer Interessenpartei im Westen und einer Volkspartei im Osten klar zu benennen, war richtig. Auch teile ich die Einschätzung unseres neuen Parteivorsitzenden, dass wir in der Partei 80 Prozent programmatische Gemeinsamkeiten und 20 Prozent Differenzen haben.

Es liegt am Wirken der in Verantwortung stehenden Abgeordneten und Vorstandsmitglieder aller Ebenen, künftig diese Gemeinsamkeiten stärker in den Vordergrund unserer politischen Arbeit zu stellen. **(Fortsetzung auf Seite 2)**

Weitere Beiträge auf den Folgeseiten

Ein Neustart für DIE LINKE – Die Chancen nutzen!

(Fortsetzung von Seite 1)

Zusätzlich zu den guten Bewerbungsreden unserer GenossInnen gab es drei anerkannte substantielle Redebeiträge aus Brandenburg. Die Reaktionen seitens der Delegierten darauf waren positiv. Dies ist etwas Neues, da unsere Regierungsbeteiligung in der Gesamtpartei auch kritisch gesehen wird.

Besonders hat mich der Redebeitrag von Sebastian Walter (Kreisvorsitzender Barnim) beeindruckt. Er schilderte seine ursprüngliche Ablehnung des rot/roten Koalitionsvertrages 2009 und kämpft nun für die Umsetzung des Papieres und benannte die bisherigen Erfolge unserer Regierungsarbeit.

Göttingen war in vielerlei Hinsicht eine Zäsur. Die Gründungsväter der Partei – Gysi und Lafontaine – stehen nicht länger für Zusammenarbeit, beide haben ihre ursprüngliche Stellung eingebüßt. Die „personelle Klammer“ der Parteineugründung ist verloren gegangen. Der Parteitag war somit auch der endgültige Abschied von der PDS und der WASG, darin liegt auch eine Chance und eine Entwicklungsetappe hinter uns. Die Zeit der „Überväter“ ist vorbei. Die Arbeit muss jetzt auf viele Schultern verteilt werden, somit wird DIE LINKE künftig auch mehrere Gesichter haben.

Der neue Parteivorstand ist plural zusammengesetzt, alle Gewählten haben in ihren Bewerbungsreden den Willen zur Zusammenarbeit erklärt. Mit dem Interview „Die Kunst des Zuhörens“ haben Katja Kipping und Bernd Riexinger mehr als nur den richtigen Ton getroffen, nun liegt das Programm für die ersten 120 Tage der beiden auf dem Tisch. Die enthaltenen Vorschläge finden meine ungeteilte Unterstützung. Der Kriegsrhetorik von Joachim Gauck wurde durch unsere Parteivorsitzende wahrnehmbar widersprochen. Im Bundestag setzt sich unsere Fraktion wieder für eine Börsensteuer ein und fordert einen Volksentscheid zum europafeindlichen Fiskalpakt.

DIE LINKE ist wieder zurück in der Politik!

Matthias Loehr,
Kreisvorsitzender

Der Parteitag war eine Zäsur

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, erklären nach dem Göttinger Parteitag:

Der Göttinger Parteitag war eine Zäsur für DIE LINKE Die Partei hat eine neue Führung gewählt und unter schwierigen äußeren und inneren Bedingungen den Zusammenhalt bewahrt. Die Gründung einer geeinten und gesamtdeutsch agierenden LINKEN war vor fünf Jahren die Konsequenz aus gemeinsamen Zielen und Kämpfen, aus Erfolgen, aber auch aus den Opfern, Niederlagen und Irrtümern der politischen LINKEN in den letzten Jahrzehnten. Es war in den letzten Monaten vor allem die Basis unserer Partei, die dieses Erbe bewahrt hat. Die Stärkung der gemeinsamen linken Partei ist Aufgabe aller, die in Bund, Ländern und Kommunen Verantwortung in der LINKEN und für DIE LINKE tragen. Der Göttinger Parteitag hat gezeigt, dass unser Schiff fest genug war, um schwere Stürme zu überstehen. Jetzt kommt es darauf an, Seetüchtigkeit für die kommenden politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft Deutschlands und Europas zu gewinnen.

Wir sind uns darüber einig, dass es nunmehr eine zentrale Aufgabe ist, die politischen und organisatorischen Weichenstellungen für das kommende Wahljahr vorzunehmen. Die nächsten drei Monate entscheiden darüber, ob wir aus dem Signal des Zusammenhalts von Göttingen einen neuen Aufbruch für DIE LINKE machen können. Dazu brauchen wir eine Kultur des Zuhörens und der Debatte. Unsere Unterschiede machen uns dann stark, wenn wir voneinander lernen. Wir brauchen eine faire Vereinigung. Innerhalb der ersten 120 Tage nach dem Göttinger Parteitag wollen wir eine breite Debatte in der Partei über den weiteren Kurs führen. Dazu laden wir alle Mitglieder der Partei ein. Wir werden die Gremien und Gliederungen der Partei in den Ländern einbeziehen und neue Wege ausprobieren, um die Basis in diese Debatte einzubeziehen. Die Diskussionen sollen zum einen in einen Entwurf des Bundestagswahlprogramms sowie in eine gemeinsame Wahlstrategie münden, die wir den Spitzen der Partei, der Bundestagsfraktion sowie der Landesverbände und der Landtagsfraktionen vorlegen werden.

Vor der LINKEN liegt viel Arbeit und eine große Verantwortung. In Göttingen wurden Dissenspunkte benannt aber auch Konsens sichtbar. Bei der gemeinsamen Suche nach einem Kurs für DIE LINKE im Wahljahr 2013 und darüber hinaus vertrauen wir auf die Bereitschaft vieler in der Partei, zuzuhören, zu verstehen und fragend voran zu schreiten. Diese Republik braucht eine Partei, die wirtschaftliche, soziale und politische Missstände nicht nur benennt, sondern auch klare Alternativen zum Neoliberalismus formuliert. Wichtige Entscheidungen liegen an. Europa steht vor einer Richtungsentscheidung. Die entfesselten Finanzmärkte bedrohen Sozialstaat und Demokratie. Selbst der neue französische Präsident Hollande greift inzwischen Kernforderungen der LINKEN auf und will Direktkredite der EZB für die Euro-Staaten, ein europäisches Konjunkturprogramm, einen Kurswechsel in der Rentenpolitik und mehr soziale Sicherheit durchsetzen. Es lohnt sich, zu kämpfen. Ein Politikwechsel für Frieden und Demokratie, für gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit hängt auch von der Existenz einer handlungsfähigen LINKEN ab.

Der neue Parteivorstand: Axel Troost, Jan van Aken, Sahra Wagenknecht, Bernd Riexinger, Katja Kipping, Caren Lay und Matthias Höhn (von links)
Foto: www.dielinke-gladbeck.de

Göttinger Entscheidungen stimmen optimistisch

Nun gilt es, dem neuen Vorstand eine faire Chance zu geben

Vor der Lokhalle in Göttingen
Foto: dielinke-teltow-flaeming.de

Der Parteitag in Göttingen war ein Parteitag großer Emotionen. Wir Delegierten und TeilnehmerInnen blickten tief in den Abgrund und haben am Ende dennoch Entscheidungen getroffen, die optimistisch stimmen.

Der Parteitag war nicht, wie von den Medien kolportiert, der Anfang der Spaltung oder der Anfang vom Ende. Die Entscheidungen zum Leitantrag, wo es gelungen ist, in weiten Teilen ehrliche Kompromisse zu finden, lassen ebenso hoffen, die Polarisierung und die Grabenkämpfe zu beenden, wie die Wahlentscheidungen.

Die beiden neuen Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben auf dem Parteitag signalisiert, dass sie Integration, Kooperation und eine bessere innerparteiliche Kultur suchen.

Auch die weiteren Personalentscheidungen sprechen dafür, dass die Delegierten des Parteitages den Ausgleich zwischen den Strömungen wollten.

Nun gilt es dem, neuen Parteivorstand eine faire Chance zu geben, mit ihm gemeinsam die Partei fit zu machen für die nächsten Wahlen. Wir müssen unsere eigentliche Aufgabe erfüllen: Dieses Land sozialer, solidarischer, gerechter, ökologischer und friedlicher machen!

Zu den Ergebnissen des Bundesparteitags in Göttingen erklärt der Landesvorsitzende der LINKEN in Brandenburg, Stefan Ludwig: „DIE LINKE hat die Chance, wieder Politik zu machen und die Fortsetzung der selbstzerstörerischen Kämpfe der letzten Wochen zu beenden.

Die Wahl von Katja Kipping und Bernd Riexinger als Parteivorsitzende macht einen Neustart der LINKEN möglich. Die neue Führung bietet die Chance für einen innerparteilichen Dialog, Interessenausgleich und eine bessere innerparteiliche Kultur. Die verschiedenen Gruppen der Partei mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen sind in der neuen Parteispitze alle verankert. Der Parteitag hat mit seinen Wahlentscheidungen auch die dialogbereiten und moderierenden Kräfte gestärkt.

Ich erwarte nun von allen Akteuren in der Partei, dieser neuen Parteiführung eine faire Chance zu geben und mit ihr gemeinsam die Aufgaben der nächsten Monate in Angriff zu nehmen. Wir haben nun die Chance, uns den drängenden Problemen in diesem Land zuzuwenden und unser Profil zu schärfen. Ich werde sie dabei nach Kräften unterstützen.

Mit Katharina Dahme, Renate Harcke und Thomas Nord kann ich drei BrandenburgerInnen zu ihrer Wahl in den Parteivorstand gratulieren. Sie werden unsere Erfahrungen als Regierungs- und Oppositionspartei mit starker kommunaler Verankerung in die strategische Debatte der Partei einbringen. Als Landesverband werden wir konstruktiv und offen mit dem neuen Parteivorstand zusammen arbeiten.“

Die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser erklärt: „Nach dem Wochenende sehe ich mehr Chancen als Risiken für DIE LINKE. Ich gehe davon aus, dass die zwei neuen Vorsitzenden jetzt pragmatisch zusammenarbeiten. Doch alleine werden es die beiden nicht reißen, sie brauchen die Unterstützung aus der Mitte der Partei.

Weniger Kopfgerangel, mehr Konzeptdebatte – in diesem Sinne wird die personelle Diskussion nun hoffentlich abgelöst von einer um politische Inhalte.

Es war ein junger Kreisvorsitzender aus Brandenburg, der in Göttingen Radikalität im Denken und Realismus im Handeln forderte. Unsere Wähler, auch in Brandenburg, bewegen nicht private Fehden und ein aufgeregtes Flügelschlagen, sondern Auswirkungen der Finanzkrise auf ihr Leben, der Verlust von Arbeitsplätzen wie bei Schlecker oder First Solar, Niedriglöhne und die Bildungschancen von Kindern.

Die Brandenburger LINKE ist mit drei Mitgliedern im neuen Bundesvorstand vertreten. So werden unsere Erfahrungen in die inhaltlichen Diskussionen einfließen, die wir in Brandenburg sowohl in Oppositions- als auch in Regierungsverantwortung gewonnen haben und aus denen hier Projekte entwickelt wurden. Und zwar in gemeinschaftlichem Erstreiten und nicht im Beharren auf der reinen Lehre.“

Rege Diskussionen auch in den Pausen
Foto: www.dielinke.de

DIE LINKE hat zwei neue Vorsitzende. Katja Kipping und Bernd Riexinger werden die Partei in den nächsten zwei Jahren führen.

Neuer **Bundesgeschäftsführer** ist der Landesvorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt, **Matthias Höhn**.

Der neue **Bundesschatzmeister** ist der alte: **Raju Sharma**.

Darüber hinaus gehören dem neuen Vorstand der Partei DIE LINKE an:

Janine Wissler, Sabine Zimmermann, Christine Buchholz, Katharina Dahme, Halina Wawzyniak, Katina Schubert, Judith Benda, Simone Luedtke, Sabine Wils, Brigitte Ostmeyer, Ida Schillen, Stefanie Graf, Renate Harcke, Sabine Lösing, Dagmar Zoschke, Claudia Jobst, Ruth Firmenich, Irene Müller, Julia Bonk, Wolfgang Methling, Wolfgang Gehrcke, Wolfgang Zimmermann, Klaus Lederer, Steffen Harzer, Ali Al Dailami, Tobias Pflüger, Heinz Bierbaum, Florian Wilde, Felix Pithan, Stefan Hartmann, Thomas Nord, Harald Schindel, Dominic Heilig, Michael Schlecht, Martin Schirdewan, Diether Dehm.

Der Landesverband Brandenburg wird mit Renate Harcke, Katharina Dahme und Thomas Nord stärker als bisher im Parteivorstand vertreten sein.

Zusammengestellt von
Annely Richter, Delegierte des BPT

Dietmar Bartsch nach dem Bundesparteitag: „Weiter geht´s!“

Der Souverän – unser oberstes Organ – der Bundesparteitag, hat gesprochen. Die Entscheidung ist gefallen. Sie fiel knapp aus und nach all den Querelen, öffentlichen Vorwürfen, Anfeindungen und Aufforderungen zum Rückzug der Kandidatur durch Mitstreiter aus den eigenen Reihen war sie doch eine Enttäuschung für Dietmar Bartsch.

Dass er den aufrechten Gang trotzdem nicht verlernt hat, zeigt sein Interview am 3. Juni für den Sender n-tv. „Ich gehe aufrecht vom Parteitag weg“, sagt er da und natürlich bleibt er ein LINKER – was denn sonst? Ein guter Verlierer ist eben auch ein Gewinner.

In wöchentlichen Kolumnen berichtete Dietmar Bartsch in den vergangenen Monaten auf seiner Homepage über seine alltägliche Arbeit, legte seine Ansichten und Ziele sehr anschaulich dar.

Seine vorerst letzte Kolumne vom 4. Juni zieht nun einen Schlussstrich – und weist den Weg: „...In Göttingen hat sich DIE LINKE Chancen erhalten. Ob sie genutzt werden, hängt zuerst von uns selbst ab, von den Mitgliedern der Partei. Und natürlich von der neugewählten Parteiführung.

Mit dem Bundesparteitag wurden keine Türen dauerhaft zugeschlagen. Ob allerdings Türen geöffnet wurden, muss und wird sich zeigen.“ Und er benennt, was jetzt wichtig ist: „...Wichtig wird sein, dass wir uns mit unseren Forderungen und Vorschlägen in die Gesellschaft

Dietmar Bartsch (Mitte) auf dem Fest der LINKEN in Berlin am 16. Juni

begeben, nicht von deren Rand aus herummotzen. Wichtig wird sein, Politik gemeinsam mit anderen zu entwickeln, statt Gewissheiten zu verkünden.

Wichtig wird sein, dass die Parteimitgliedschaft in der LINKEN das Sagen hat, dass ehrenamtliche Arbeit hochgehalten und kommunales Wirken nie und nirgends geringgeschätzt wird.“

Um unterschiedliche strategische Ansätze, so Dietmar Bartsch weiter, muss in der LINKEN auch weiter gestritten werden. Zerrissen wird DIE LINKE dabei nicht, meint er - sofern eine vernünftige Kultur dabei entwickelt wird. Und genau hier meldet er seine Zweifel an.

Ich persönlich teile diese Zweifel. Mit der Kultur des sachlichen Streits haben DIE LINKEN immer Probleme. Warum eigentlich?

Und zuletzt der Rat an alle: „Jede und Jeder, der und dem DIE LINKE und ihr Erfolg am Herzen liegen, sollte der neuen Parteiführung uneingeschränkt eine glückliche Hand wünschen. Ich tue es.“ Recht hat er! Und wir sollten es beherzigen!

Und wie wird sich Dietmar Bartsch einbringen? Wie immer: „Als Mitglied im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, als Parteitagsdelegierter und stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE bringe ich mich weiter ein. Das werde ich mit Vorschlägen, mit Engagement und immer auch mit eigener Meinung tun.“

Text und Foto: Sigrid Mertineit

Auftakt für eine breite Diskussion

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser!

Mit meinem Betrachtungen möchte ich den Auftakt für eine breite Diskussion geben.

- Wie soll es weiter gehen mit der LINKEN? , Auf welche Weise wollen wir uns einbringen in die politische Landschaft?
- Wie wollen wir unsere Wählerinnen und Wähler für uns (wieder)gewinnen?
- Ist unser Bestreben, mitzuregieren, falsch?
- Sollten wir Bündnisse auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene eingehen und Kompromisse schließen, um unsere Forderungen umzusetzen? Oder doch lieber nach dem Motto: „Wir gegen alle!“?
- Und wie ist es mit dem linken Profil bestellt bei solchen Bündnissen?
- Wie kann DIE LINKE vor allem soziale Themen wieder in die Gesellschaft tragen und die Menschen mobilisieren?
- Wie soll sich DIE LINKE besonders in Brandenburg zur Klimapolitik einbringen?

Fragen über Fragen...
Und so eröffne ich hiermit die Debatte in diesem kleinen Forum. Lasst Euren Ideen freien Lauf! Aber Vorsicht – die Grundregel gilt: Keine persönlichen Anwürfe, auch wenn die Standpunkte noch so unterschiedlich sind!
Wir wollen uns einer kulturvollen, sachlichen Streitkultur befleißigen und beweisen, dass wir eine wirklich pluralistische Partei sind!
Und was die eingebildeten, tatsächlichen und herbeigeredeten Feinde in unseren eigenen Reihen angeht, so sollten wir den Rat des römischen Kaisers Julius Cäsar befolgen, der gesagt haben soll: „Wenn du deine Feinde nicht besiegen kannst, umarme sie!“

Sigrid Mertineit

Vor Göttingen – Nach Göttingen

Im Januar 2010 äußerte sich der langjährige Parteivorsitzende, Lothar Bisky, in einem Essay für das LINKE-Mitgliedermagazin „DISPUT“ über den „Versuch zur Verdächtigungskultur“. Viele Genossen scheinen diesen Beitrag nicht gelesen und beherzigt zu haben. Schlimmer: Er wurde offensichtlich von mikrofonhungrigen und profilneurotischen Teilen von Partei und Fraktionen ignoriert. Wäre dem nicht so, wären bestimmt manche ins persönliche gehende Verletzungen und die Herabwürdigung von politischen Lebensleistungen, verbunden mit kleinkarierten, bösartigen Unterstellungen, unterblieben und so nicht geschehen. Jahrzehnte vorher wurde man für derart parteifeindliches und parteischädigendes Verhalten noch erschossen...

Zum Teil drängte sich ja der Eindruck auf, das politische Herz jener Genossen bis hin zu parteibindungslosen Bundestagsabgeordneten schlage eher für Machiavelli als für Marx & Co. Für Machiavelli (1469-1528), dem italienischen Staatsphilosophen, für den unter anderem folgender Grundsatz galt: „Wer politisch handelt, muss auch Böses tun“? Für Machiavelli, den man meist mit skrupelloser Machtpolitik und die Durchsetzung von Interessen ohne Rücksicht auf moralische Bedenken assoziiert? Nein! Oder?

Aber um näher auf den zuvor erwähnten Artikel Biskys einzugehen: Er schrieb zum Beispiel: „Das Phänomen der Verdächtigung wird man nicht beseitigen, politische Denunziation nicht durch Dekret abschaffen können. Was aber machbar ist, wäre im 21. Jahrhundert die Suche nach zeitgemäßen Lösungen neuer Problemlagen ohne ein Mitschleifen der Schablonen der Verdächtigungskultur.“

Später formulierte Lothar Bisky die Frage: „Muss aber die Verdächtigungskultur der LINKEN gegeneinander bleiben? Ich finde nicht. Das Wort Versöhnung, das Platzeck benutzt, scheint mir nicht besonders treffend. Ich möchte mich aber ohne jegliche Verdächtigung mit anderen LINKEN über „Fragen moderner, also vorsorgender Gesellschaftspolitik“ (Platzeck) verständigen können – und zwar unabhängig von der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD und den Verbrechen Erich Mielkes.“

Diese beiden Zitate aus dem Bisky-Artikel bringen uns wieder auf das Streitthema der Regierungsbeteiligung. Im besonderen Maße ist am Umgang mit regierenden LINKEN, ob in Berlin oder jetzt aktuell in Brandenburg, in der Partei ein Verfall an Kultur und Sitten festzustellen. Kritische(!) Solidarität Fehlanzeige! Erfolge von LINKER Regierungsarbeit werden oft kleingeredet oder gänzlich ignoriert. Was aus LINKER Sicht weniger gut lief, wird jedoch von jener Gattung umso offensiver und knalliger auf Webseiten, Konferenzen und in Presserklärungen gebrandmarkt. In das Muster der üblichen Verdächtigungen fiel dann auch der auf einer Konferenz (Sozialismus durch Freiheit), wenige Tage vor dem Göttinger Parteitag, vorgebrachte Vorwurf: Die brandenburgische LINKE

würde der SPD in den Arsch kriechen. Nun kann sich Parteimitglied und Wähler - ganz meinungsbildend - aussuchen, wo es mehr stinkt.

Weiter erinnert der „Filmprofessor“ Bisky an eine Szene in einem sowjetischen Film. Dort ist zu sehen, wie ein Parteimitglied den Parteisekretär eines Werkes anruft, um sich über ein anderes Parteimitglied zu beschweren. Doch was passiert hier? „Der Parteisekretär unterbricht diese Denunziation und verbindet telefonisch den Kritisierer mit dem Kritisierten.“ In der damaligen sowjetischen Tauwetter-Periode war sowas möglich. Braucht die Partei DIE LINKE heute auch solch eine Tauwetter-Periode neuen(!) Typs?

Warum – das ist bei alledem der größte Ärger – haben es die parteiführenden Genossen in zwei Jahren nicht geschafft, wie im oben zitierten Film, die Kritisierer mit den Kritisierten an einen Tisch zu setzen und zu einer gemeinsamen Sprache zurückzufinden? Das hätte eine Rückkehr zur Politik möglich gemacht. Diese Umkehr klappte trotz vieler Anläufe nicht, obwohl die breite Mehrheit der Mitgliedschaft in Gremien, Fraktionen, Arbeitsgemeinschaften und in der Basis weiter ihre Arbeit tat. All das wurde aber von Personaldebatten überlagert. Doch Personaldebatten sind nur sehr begrenzt Politik. Nur bis sie entschieden sind! Sind sie entschieden, muss auch entsprechend wieder Politik gemacht werden.

Anders bei Klaus Ernst und Gesine Lötzsch: Sie wurden quasi mit dem Tag ihrer Wahl infrage gestellt. Gregor Gysi meinte in seiner Göttinger Parteitagsrede sogar, die beiden Vorsitzenden hätten, auch wegen der eigenen Genossen, keine reale Chance gehabt. Was für ein Armutszeugnis für eine Partei, die den Anspruch hat, eine solidarische Gesellschaft anzustreben! Man bringt dies nicht mal in der eigenen Partei auf die Reihe!

Auch den Teilnehmer der Regionalkonferenzen, die im Vorfeld des Göttinger Parteitages stattfanden, wurden einige unsolidarische und unfaire Momente zugemutet. Bei der berlin-brandenburgischen Regionalkonferenz quittierten einige „Beisitzer“ die Mitteilung, dass Oskar Lafontaine nicht mehr für den Vorsitz kandidieren will, mit Buh-Rufen. Und bei der hessischen Regionalkonferenz reagierten die Parteifreunde mit einem höhnischen „Ohh“, als sie darüber informiert wurden, dass der Vorsitzenden-Kandidat Dietmar Bartsch terminlich verhindert sei. Aussetzer von solch fragwürdiger Qualität kannte ich in Größenordnungen bisher nur von denkfaulen und bildungsfernen Zwischenrufern bei Bundestagsreden von PDS/LINKEN-Abgeordneten. Nun hat man sowas auch in der eigenen Partei.

Neben der Vorstellung der Kandidaten für die neue Parteiführung sollte auf den Regionalkonferenzen über den Leitantrag des Parteivorstandes und über einen Alternativen Leitantrag diskutiert werden können. Just hier sind wir wieder bei Biskys „Verdächtigungskultur“. Denn den Einbringern des Alternativen Leitantrages wurde, einfach mal so, das Verlassen des 2011 beschlossenen

(Fortsetzung auf Seite 6)

Vor Göttingen – Nach Göttingen

(Fortsetzung von Seite 5)

Erfurter Programms der LINKEN unterstellt, weil darin unter anderem explizit eine Ablehnung der Hartz-Gesetze und ein klares Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr gefehlt habe. Frage: Kann man nicht solche Haltungen bei einem Antragsteller voraussetzen? Zumal im Erfurter Programm und im gültigen Bundestagswahlprogramm entsprechende Aussagen über diese LINKEN-Kernthemen fixiert, beschlossen und damit bindend sind. Nebenbei bemerkt steht DIE LINKE vor der Aufgabe, sich neue Kernthemen zu erarbeiten und sie in die Öffentlichkeit zu tragen.

Doch zurück zu Lothar Bisky, der hierzu passend folgendes schrieb: „Verdächtigung entsteht sowohl aus Unsicherheiten als auch aus übertriebenen Gewissheiten, vulgär: Rechthaberei. Die erbitterten Kämpfe um die „richtige“ Auslegung der programmatischen Gerippe, an die sich alle klammern, wurzeln eher in einer Furcht denn in einer produktiven Nutzung von Pluralität.“ Und weiter: „Pluralität und Produktivität zusammenzudenken, die Unterschiedlichkeit als Chance, nicht als Gefahr zu nehmen, das fällt durchaus schwer.“

Dass Pluralität durchaus schwer fällt, war besonders in den letzten Monaten zu spüren. Aber sie war doch von Anfang an in der PDS gewollt. Nun tut sie sich damit wieder so schwer damit, als wäre man erst jetzt, und nicht schon vor etwa 20 Jahren aus einer Einheitspartei kommend in eine plurale Partei aufgegangen. Da war doch Zeit zum Lernen und Kennenlernen. Muss die Partei auch hier nochmal ganz vorn anfangen?

Auf dem Göttinger Parteitag selbst konnte man angesichts des Verhaltens einiger fehlgeleiteter Delegierter das Gefühl bekommen, als handle sich um eine Nach-Feier des Kindertages: Nachdem klar war, dass Genosse Bartsch in der Wahl um den Parteivorsitz dem Genossen Riexinger unterlegen war, wurde von einigen Delegierten die Internationale intoniert. Peinlich, denn das „Menschenrecht“ gilt auch für unterlegene Minderheiten. Noch peinlicher, dass die Vorsängerin den Text noch vom Blatt ablesen musste. Junge Genossen grölten in dieser Situation ein Lied mit den „gewinnenden“ Zeilen: „Ihr habt den Krieg verloren“. Das in einer Friedenspartei?

Erschreckend war in Göttingen Gregor Gysis Einschätzung – Aber in unserer Fraktion im Bundestag herrscht auch Hass – zu hören. Die Lösung? Ab nach Hause – Betreuungsgeld für LINKE? Auf jeden Fall sollten jene Hass-Figuren keine Chance mehr auf Wahllisten der Partei bekommen. Denn Hass lähmt und macht politikunfähig!

Das vorläufige (!?) Ergebnis derartigen unprofessionellen Agierens ist der Verlust von politischem Gewicht der LINKEN. Doch soll es der LINKEN so ergehen, wie Montesquieu nach der Fertigstellung seines Buches „Vom Geist der Gesetze“ empfand? „Ich bin erledigt, ich habe mein Pulver verschossen, meine Kerzen sind erloschen."

Nein! DIE LINKE wird doch gebraucht! Finanzkrise, Demokratie- und Sozialabbau, Kriegseinsätze der Bundeswehr und so weiter.

Nun liegt es an der neuen Führung um Katja Kipping und Bernd Riexinger, wie auch in der Verantwortung eines jeden Mitgliedes und aller Mandatsträger selbst, ob es gelingt, das Schiff der LINKEN wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Manche hoffnungsvolle und gute Ansätze waren auch schon in Göttingen zu beobachten. Man denke an zahlreiche engagierte und kluge Reden in der Generaldebatte sowie an einige Kandidatenreden für den Vorstand. Zudem gelang in Göttingen die Herstellung einer soliden Beschlusslage. Man muss sie jetzt nur ernst nehmen.

Gehen wir also, ganz im Sinne von Lothar Bisky, „verdächtigungsfrei“ in „denunziationsfreien Kommunikationsräumen“ (L. B.) an die Arbeit. Und machen DIE LINKE wieder stark!

René Lindenau

Zwei Seiten einer Medaille?

Zum Glück gibt es in der Cottbuser LINKEN noch einige, die aktiv darum ringen, sachliche Informationen auch zu komplizierten Themen an die Cottbuserinnen und Cottbuser, also auch Genossinnen und Genossen, zu vermitteln und laden dazu bekannte und weniger bekannte Fachleute beziehungsweise Politiker ein.

Doch was nutzt es, wenn davon immer weniger LINKE Gebrauch machen?

Auffällig dabei ist, dass einerseits fast immer die gleichen Gesichter zu sehen sind. Andererseits fällt auf, dass auch immer die gleichen Gesichter nicht zu sehen sind.

Es galt einmal die Losung: „Der Erfahrungsaustausch ist die billigste Investition!“ Sie stammt natürlich aus stalinistischen Zeiten und ist deshalb grundsätzlich abzulehnen. Aber ehe man sich selbst in Literaturrecherchen verheddert, ist es vielleicht doch nicht so dumm, sich anzuhören, womit sich andere intensiv beschäftigt haben.

Deshalb frage ich mich, warum man auf solchen Veranstaltungen sehr selten Vorstandsmitglieder, Fraktionsmitglieder und auch junge Menschen sieht?

Es ist aber auch nicht spürbar, dass öffentlichkeitswirksame Aktivitäten festzustellen wären und die Mitgliedschaft mobilisiert würde. Wartet man hier auf den Wahlkampf als Partei für den Alltag? Oder sollte das eine etwa mit dem anderen zu tun haben?

Fritzchen

Nur gemeinsam haben wir eine politische Zukunft

Bemerkungen zum Beitrag von Jürgen Siewert im Juni-„Herzblatt“

DIE LINKE hat eine neue Parteispitze. Ihre gesamtdeutsche Überlebensfähigkeit ist nur zu gewährleisten, wenn wir alle -gemeinsam in Ost und West – die neue Führung unterstützen. Nur wenn wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, hat DIE LINKE eine politische Zukunft.

DIE LINKE hat in Göttingen am Rande des Abgrundes gewandelt. Warum? Nach dem Weggang von Lafontaine und Bisky ist der neuen Parteispitze unter Lötzsch und Ernst innerparteilich nie eine echte Chance eingeräumt worden. Ständige Querschüsse aus den eigenen Reihen haben ihre Autorität untergraben und damit auch unserem öffentlichen Ansehen schweren Schaden zugefügt.

So sind wir in den Umfragen folgerichtig dramatisch abgesunken und lagen im Mai 2012 zwischen fünf und sieben Prozent. Ganz maßgeblichen Anteil an den Attacken gegen Lötzsch und Ernst hatten Dietmar Bartsch und seine Gefolgsleute, die mit ihren öffentlichen Stellungnahmen immer wieder Öl in das Feuer der innerparteilichen Auseinandersetzungen gegossen haben.

Bis zum 14. Mai (Landtagswahl in NRW) habe ich mich hierzu öffentlich nicht geäußert. Ich habe gehofft, dass Oskar Lafontaine zurückkehrt und die Partei zu alten Erfolgen führt, um so ihr Überleben zu sichern. Nach seinem vorzeitigen Rückzug war für mich klar: Mit Dietmar Bartsch hat DIE LINKE als gesamtdeutsches Projekt keine politische Zukunft. Diese Überzeugung gründet sich auf eine fast siebenjährige Zusammenarbeit mit ihm in Fraktion und Fraktionsvorstand. Für das Amt des Parteivorsitzenden ist er nicht die geeignete Person. Ein Parteivorsitzender muss integrieren, nicht polarisieren.

Bartsch versöhnt nicht, sondern er spaltet. Das spiegelt sich auch in seinen Wahlergebnissen in der Fraktion wieder. So hat er bei den letzten Vorstandswahlen – ohne Gegenkandidaten – nicht einmal 60 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Er ist auch kein politischer Ideengeber. Es gibt keine politische Idee von Gewicht, die er ersonnen hat. Es gibt auch niemanden, der ein bestimmtes politisches Projekt mit seiner Person verbindet. Bartsch ist auch kein mitreißender Wahlkämpfer, der es versteht, aus vollem Herzen in die Herzen der Menschen zu reden. Er ist ein intelligenter Techniker der Macht, der nicht von der Macht einer politischen Vision sondern lediglich von der Vision der politischen Macht geleitet wird.

Mit diesen Eigenschaften ist DIE LINKE als gesamtdeutsches Projekt jedoch nicht überlebensfähig. Deswegen wäre mit seiner Wahl dieses Projekt parteipolitisch heimatlos geworden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass DIE LINKE in Ostdeutschland voraussichtlich noch für einige Legislaturperioden überlebt hätte. Eine LINKE, die nicht in den Bundestag einzieht, hat jedoch auch in Ostdeutschland auf Dauer keine Zukunft. Die PDS ist 2002 mit Dietmar Bartsch, der damals einer von vier Spitzenkandidaten war, aus dem Bundestag geflogen. Dieses Schicksal droht auch einer ostdeutschen LINKEN, die den Westen abschreibt. Dies stellt auch Bartsch nicht in Abrede. Im Gegensatz zu Gysi hat er in einem „Spiegel“-Interview davon gesprochen, dass eine Spaltung der LINKEN ihren „Tod“ bedeuten würde.

In dieser existenziellen Krise der LINKEN wäre es verantwortungslos gewesen, wenn ich – entgegen meiner Überzeugung – geschwiegen hätte.

Dabei hängt die Richtigkeit meiner Überlegungen nicht – wie Jürgen Siewert zu meinen scheint – davon ab, ob ich formell Mitglied der Partei bin. Nicht das Parteibuch entscheidet über die Richtigkeit der Analyse, sondern die zuverlässige Kenntnis der Tatsachen, die die Analyse begründen.

Ich bin Zeuge aus nächster Nähe. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und nunmehr als Justiziar habe ich Bartsch in vielfältiger Weise beobachtet und erlebt. Es wäre unverzeihlich gewesen, wenn ich mein damit verbundenes Wissen in dieser existenziellen Situation der Partei für mich behalten hätte. Die Entscheidung von Göttingen zeigt, dass ich mit meiner Einschätzung nicht alleine stehe.

Wir haben nunmehr die – wahrscheinlich letzte – Chance, DIE LINKE als gesamtdeutsches Projekt zu retten. Das wird aber nur gelingen, wenn wir die Lehren aus den letzten zwei Jahren beherzigen. Die neue Spitze bedarf nunmehr der allseitigen Unterstützung.

Nur gemeinsam haben wir – darin stimme ich mit Jürgen Siewert überein – eine gemeinsame politische Zukunft. Das gilt auch für Auseinandersetzungen vor Ort.

Wolfgang Neskovic

Wortmeldung einer „Besserwisserin“

Ich kann es nicht verhehlen, ich fühle mich durch den Artikel von Jürgen Siewert, im Juni-„Herzblatt“, angegriffen. Gehöre ich doch auch zu den von ihm kritisierten „Besserwissern“. Er macht es sich, nach meiner Meinung, etwas zu leicht, wenn er meint, die Probleme in unserer Partei seien alleine den Personalquerelen geschuldet. Die Partei DIE LINKE existiert seit fünf Jahren und ist durch den Zusammenschluss der westdeutschen WASG und der ostdeutschen PDS entstanden. Westdeutsche LINKE haben eine viel längere Erfahrung mit dem bundesdeutschen Rechtsstaat, haben KPD-Verbot und Berufsverbote erlitten. Sie wissen aus Erfahrung, wie wichtig es ist, an linken Positionen festzuhalten, um durch eine handfeste außerparlamentarische Opposition gesellschaftsverändernd wirken zu können. In dieser Hinsicht sind wir also wirklich Besserwisser.

Es ist doch nicht verwunderlich, dass linke Sozialdemokraten, die die SPD wegen der durch die rot-grüne Regierungskoalition beschlossenen Arbeitsmarktreformen verlassen haben, das Wort „Reform“ nicht mehr hören können. Für sie ist der „Reformer“ Dietmar Bartsch als Vorsitzender nicht wählbar. Deshalb kann man doch DIE LINKE nicht in SPD-Freunde und SPD-Ausgrenzer einteilen. Ich bin und bleibe in meinem Denken und Handeln eine linke Sozialdemokratin. Erst dann, wenn erkennbar ist, dass die SPD zu ihren Fehlern steht, die während der Schröder-Ära gemacht wurden, sie deutlich nach links rückt und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und gegenseitigem Respekt anbietet, kann man über eine Zusammenarbeit auf Bundesebene nachdenken. Ich zweifele daran, dass DIE LINKE in der bundesdeutschen Parteienlandschaft angekommen ist.

Der Titel des Artikel von Jürgen Siewert im „Herzblatt“ lautet: „Endlich wieder gemeinsam kämpfen.“ Hier klingt zu sehr die Sehnsucht nach der Einheitspartei durch. Gegen wen und wofür gekämpft werden soll, erschließt sich mir nicht.

In parlamentarischen Demokratien stehen die Parteien in Konkurrenz zueinander. Sie kämpfen um Wählerstimmen. Im Grundgesetz heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung im Volke mit“.

Wählerstimmen erhalten die Parteien dann, wenn es gelingt, Politik transparent zu machen, sie an das „Volk“ heranzutragen und so Vertrauen zu gewinnen. Öffentliche Veranstaltungen vor Ort sind nicht nur zu Wahlkampfzeiten unbedingt notwendig.

Wenn die Ost-LINKE eine Volkspartei bleiben will, ist es erforderlich, die eigenen Befindlichkeiten mal beiseite zu lassen und sich der eigentlichen Aufgabe zuzuwenden. Leider sieht es so aus, als ob DIE LINKE in Cottbus bald eine Partei ohne Volk sein wird. Bei der Kommunalwahl in Cottbus haben nur zwölf Prozent der Wahlberechtigten DIE LINKE gewählt. Besser sah es zur Bundestagswahl 2008 aus, da hat doch tatsächlich der sogenannte Besserwisser Wolfgang Neskovic den Wahlkreis direkt geholt. Seine Veranstaltungen im Wahlkreis, hauptsächlich zu rechtspolitischen Fragen, sind gut besucht. Die Menschen haben Vertrauen zu ihm, auch weil er das, was er vor der Wahl versprochen hat, einhält. Das ist selten in der Politik.

Unverständlich ist, wieso unsere Funktionsträger ihm mit einem Schreiben das Vertrauen entzogen haben. Weil er öffentlich Dietmar Bartsch kritisiert hat? Oder gibt es da andere Gründe?

Nun mal ehrlich, liebe Genossinnen und Genossen, verdienen wir West-LINKE nicht ein bisschen mehr Vertrauen, auch wenn wir manchmal die „Besserwisser“ heraushängen lassen?

Herta Venter,
Mitglied der Kommission Politische Bildung beim Bundesvorstand

Wahlkampf in Domažlice

Unsere tschechischen Nachbarn wählen im Oktober die Abgeordneten für ihre oberste Vertretung, den Senat.

In Zeiten von Korruptionsskandalen bei den machtinhabenden Bürgerparteien und fortschreitendem Sozialabbau (unlängst wurde in Tschechien die Mehrwertsteuer angehoben, Gesundheitskosten steigen und Renten sinken auch hier) hat die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) gute Wahlaussichten, der Wählerzuspruch ist ansteigend und liegt bei einst für uns gewohnten Prozentzahlen.

Die langjährige Losung der Partei „Für die Menschen – mit den Menschen“ wird offenbar durch das Wirken der Genossen vor Ort erfüllt und zunehmend anerkannt.

Die Parteiorganisation des Plžner Wahlkreises stellte am 26. Mai in einem Bürgerfest im Sommerkino von Domažlice ihre örtlichen Kandidaten vor und lud uns vom Brandenburger Netzwerk der Europäischen LINKEN ein, aktiv

am Bürgertreffen teilzuhaben. Gemeinsam mit DKP-Genossen aus Nürnberg (wo wir kürzlich am Ostermarsch im nahegelegenen Ansbach „Hubschrauber zu Windrädern“, siehe Mai-„Herzblatt“-Ausgabe, teilnahmen) gestalteten wir einen Infostand über unsere Tätigkeit im Netzwerk und hielten einen Redebeitrag über die Notwendigkeit der Solidarität der von den Folgen der Finanzkrise betroffen Menschen unserer Länder, gegen die Abwälzung der Lasten auf die breite Bevölkerung und um die Krisenverursacher in die Pflicht zu nehmen, gegen nationalistische Stimmungsmache und den Zuwachs des Neofaschismus in unseren Ländern.

Wir drücken den tschechischen Genossen beide Daumen für ihren Wahlkampf und hoffen, dass ihr Erfolg auch uns beflügelt!

Text und Foto: Sonja Newiak,
Netzwerk EL Brandenburg

Von der Stadtverordnetenversammlung am 27. Juni

Eine Lösung mit Zukunft

Es ist eine alte Weisheit: „Das Wissen über die eigene Geschichte ist prägend für die Gegenwart und Begleiter für die Zukunft.“

Das gilt im privaten wie im gesellschaftlichen Leben.

Unsere Stadt leistet sich seit vielen Monaten einen destruktiven Schwebezustand. Über Jahre hinweg ist am Museum, sowohl im personellen wie auch im materiellen Bereich, gespart worden. Bei vielen Einwohnerinnen und Einwohnern entstand der Eindruck, dass hier ein schleichender Tod gewollt ist.

Jetzt ist, befördert durch eine Initiative der Linksfraktion, Bewegung in das Thema gekommen. Gut ein halbes Jahr lang hat eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gemeinsam mit der Verwaltung an einem Grundkonzept gearbeitet. In den wichtigsten inhaltlichen Positionen wurde Konsens erreicht. Die Stadtverordnetenversammlung hat dazu mehrheitlich die Zustimmung gegeben. Verkürzt gesagt wurde beschlossen, dass Cottbus ein Museum zur Stadtgeschichte haben wird, das die Potenzen der anderen Sammlungen gezielt mit verwendet.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Juni stand auch die nächste Frage auf der Tagesordnung. Wie wird die Gebäudesituation gestaltet? Mit dem jetzt beschlossenen Ankauf der Bahnhofstraße 22, der ehemaligen Sparkasse, besteht die einmalige Chance, eine attraktive, zukunftsfähige Lösung für ein Ausstellungsgebäude zu schaffen. Sicher hätte auch das bisherige Gebäude, die Bahnhofstraße 52, wieder als Museum genutzt werden können. Wirkliche Attraktivität lässt sich dort aber auf Grund der gegebenen baulichen Verhältnisse nicht erreichen. Dazu kommt, wie es ein anerkannter Fachmann in einer Diskussion der Arbeitsgruppe formulierte, dass durch die lange Schließung dieses Gebäude als Ort der Sammlung moralisch verbrannt ist.

Mit der Einbeziehung des neuen Standortes werden die Herstellungskosten und die Betreibungskosten steigen. Das ist richtig. Sicher minimiert sich der Aufwand etwas, weil der hintere Teil der Bahnhofstraße 52 abgetrennt und vermarktet werden soll. Es wird aber dennoch etwas teurer. Das ist Fakt. Außerdem ist ein Museum eine sogenannte freiwillige Aufgabe der Kommune. Kein Gesetz verlangt, dass wir eine solche Kul-

Beschlossen: Museum zur Stadtgeschichte kann in die Bahnhofstraße 22 *kommen*

Foto: geolocation.ws

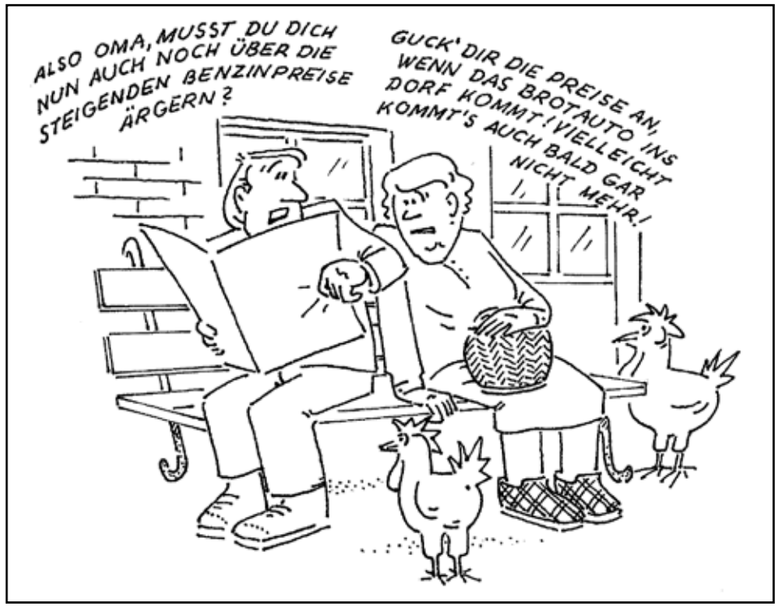
tur- und Bildungseinrichtung betreiben.

DIE LINKE hat sich der Frage aus anderer Perspektive gestellt: Wie sollen Geschichtsbild und Heimatverbundenheit bei Kindern und Jugendlichen entstehen, wenn ihnen nicht die Gelegenheit gegeben ist, Geschichte zu begreifen, Achtung vor dem Wirken ihrer Vorfahren zu entwickeln und auch aus Fehlern und schlimmen Zeiten zu lernen? Wer wenig weiß, muss viel glauben.

Was setzen wir, außer Verboten, rechten Verführern und Geschichtsverdrehern entgegen? „Anschauung ist das Fundament aller Erkenntnis“, damit prägte Pestalozzi die Bildungsmethodik. Wieviel darf Bildung und Bildungsmöglichkeit für alle kosten? Wieviel muss sie uns Wert sein?

Es wird in Zeiten knapper Kassen immer zuerst auf den sogenannten freiwilligen Bereich geschaut. Aber auch diese Bereiche sichern Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Die Effekte und der Nutzen werden aber nie finanziell messbar sein. Wege zur Lösung müssen gefunden werden. Kleinkrämerei hilft nicht weiter. Billiger wird Zukunft, auch in der Zukunft, nicht zu haben sein.

Eberhard Richter,
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE



Karikatur: Hänschen

Halbjahresbilanz unseres Landtagsabgeordneten

Einiges über meine zurückliegende Tätigkeit

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte Euch mit diesen Zeilen ein wenig über meine letzten Tätigkeiten hier im Wahlkreis und im Land Brandenburg berichten. Dies vor allem unter dem Aspekt, dass linke Politik in den Medien nur selten stattfindet. Zumindest inhaltlich ist dies wohl sicher so.

Landtagssitzungen vom 6. bis 8. Juni

In den Sitzungen wurden sehr viele Themen behandelt. Zum einen beginnt jede Landtagssitzung mit einer aktuellen Stunde, die von jeweils unterschiedlichen Fraktionen beantragt wird. Diesmal waren es folgende Themen: Reform der staatlichen Schulämter (FDP) und Betreuungsgeld ablehnen (SPD). Zum ersten Punkt gab es eine heftige Debatte. Klar ist, dass es Reformen in der Verwaltung geben muss. Meiner Meinung nach ist eine Reform der Schulämter massiv notwendig unter dem Aspekt, dass bis zum Jahr 2030 die Geburtenrate in Brandenburg um die Hälfte sinken wird. Zum Betreuungsgeld gab es seitens der LINKEN, SPD und Grünen eine einheitliche Meinung. Dieses Betreuungsgeld ist ein eklatanter Rückschritt.

Für mich besonders wichtig war die Einbringung in das parlamentarische Verfahren der Novelle des Gesetzes über die Rechte der Sorben und Wenden. An diesem Gesetz und an der Umsetzung habe ich persönlich in Zusammenarbeit mit dem Rat für sorbisch/wendische Angelegenheiten viel mitgearbeitet. Nun wird dieses Gesetz mit einer Anhörung im Hauptausschuss des Landtages ins Verfahren. Auch die massiven Schwierigkeiten in Bezug auf das Witaj-Projekt haben wir hinbekommen. Die geplanten Kürzungen sind nach intensiver Arbeit mit der Bildungsministerin zurückgenommen worden. Aber hier müssen wir wachsam sein. In den Landtagssitzungen wurden zahlreiche Gesetze und Änderungen vorgenommen. Hier eine kleine Auswahl:

- Neuntes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes – Zollbeamte erhalten Eilbefugnis der Polizei (mit unseren Stimmen angenommen)
- Umsetzung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung (Information der Landesregierung)
- Gesetz über Hoch- und Höchstspannungsleitungen in der Erde (Antrag der Grünen abgelehnt)
- Wirksamkeit der Instrumente des Kinderschutzes und bestehender Vorschriften zur Kindergesundheit im Land Brandenburg
- Flughafen BER – Lärmschutz
- Erstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Krankenhausentwicklungsgesetz (an den Gesundheitsausschuss überwiesen)
- Familien- und Kinderpolitisches Programm
- Empfehlungen zum Änderungsbedarf der Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung
- Verbraucherpolitische Strategie Brandenburg
- Schnelle Hilfe für Hartz-IV-Empfänger

Dies sind wie gesagt nur ein paar Anmerkungen beziehungsweise Beschlüsse oder Gesetzesinitativen. Wenn Ihr nähere Informationen wünscht, wendet Euch bitte an mich.

Einen breiten Raum meiner Landesaktivitäten nimmt auch gegenwärtig die geplante Polizeireform ein. Hier vertrete ich eine andere Meinung als die Landtagsfraktion. Die inzwischen immer mehr um sich greifende grenzüberschreitende Kriminalität ist ein wesentlicher Faktor für die penetrante Reduzierung von Polizeistellen beim Bund (Bundespolizei und Zoll) und bei der Landespolizei. Bis zum Jahr 2019 sollen zum Beispiel über 600 Stellen beim Wechseldienst (Streifenbeamte) wegfallen. Die Kripo und die Präventionskräfte der Polizei sollen um die Hälfte gestrichen werden. Ich halte dies für unverantwortlich und nicht darstellbar.

Natürlich arbeite ich in vielen Gremien des Landtages mit. So bin ich als stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses für vier Tage mit dem Ausschuss nach Brüssel gefahren. Dort haben wir uns über die neuen Förderrichtlinien und die neue Förderzeit informiert. Ab 2013 beginnt eine neue Förderperiode. Und es ist bereits heute kein Geheimnis, dass die neue Periode Verschlechterungen für Brandenburg mit sich bringen wird, denn die EU ist ja größer geworden.

Weiterhin arbeite ich in der Parlamentarischen Kontrollkommission mit. Dieses Gremium arbeitet geheim. Ich bin Mitglied im Petitionsausschuss, was eine sehr, sehr interessante Arbeit ist. Hier lernt man sehr viel kennen.

Ich engagiere mich sehr deutlich für den Erhalt unserer BTU in Cottbus. Hier bedarf es noch vieler Gespräche in der Fraktion. Selbstverständlich beschäftigt sich unsere Landtagsfraktion sehr intensiv mit diesem Thema. Wir sind da noch lange nicht fertig. Ich persönlich werde aber einem Gesetz im Landtag zu einer geplanten Fusion definitiv nicht zustimmen. Dies schadet Cottbus, und ich bin nicht bereit, das zu akzeptieren. Es ist jedoch deutlich festzustellen, dass sich die SPD bereits für die Fusion ausspricht.

Anfang Juni war ich zum Sommerfest der Integrationseinrichtung „ Janusz Korczak“ eingeladen. Vielleicht erinnert Ihr Euch. Wir haben auf einer Mitgliederversammlung für diese Einrichtung gesammelt. Hier spielen und lernen behinderte und nicht behinderte Kinder zusammen. Ich soll Euch allen herzlichen Dank von den Erziehern und Kindern sagen. Sie haben sich sehr, sehr über unsere Spende gefreut.

In der Sommerpause plane ich mehrere Aktivitäten in Cottbus. So werde ich jeweils in verschiedenen Einrichtungen unentgeltlich arbeiten. Dies nicht, um dann in der Presse zu stehen, sondern um die Probleme der Menschen zu erfassen. So werde ich im Sana-Herzzentrum, in einer Kaufhalle, im Arbeitsamt, im Bürgerbüro, in einer betreuten Wohngseinrichtung und in einem Integrationskindergarten arbeiten.

Euer Jürgen Maresch

Vom Fest der LINKEN am 16. Juni in Berlin

Kultur – Politik – Diskussionen – und Anke aus Bremen

In all den Jahren habe ich es mir jedes Mal vorgenommen, das Fest der LINKEN zu besuchen. Aber immer kam was dazwischen.

Doch nun ist DIE LINKE fünf Jahre alt geworden – und da muss es doch endlich mal klappen.

Für total Ortsunkundige wie mich steht am Anfang die Frage: Die Kulturbrauerei – wo ist die eigentlich und wie komme ich am besten dahin? Frag Google! heißt die Antwort und schon habe ich alle nötigen Infos und Pläne zusammen, dem Internet sei Dank!

Mit dem VBB-Tagesticket für 20 Euro ist man dabei – da kann man kreuz und quer durch Brandenburg und Berlin fahren – wenn man will. Die Bahn ist sogar pünktlich, und ich steige am Alex aus dem Zug. Der U-Bahnhof am Alex kommt mir allerdings vor wie ein riesiges unterirdisches Labyrinth mit gefühlten 1000 Treppen und Ausgängen. Ich folge stur den Wegweisern zur U2 nach Pankow und frage mich nach einer Weile, ob ich denn den Rückweg heute Abend finden werde...

Katja Kipping und Bernd Riexinger stellten sich den Fragen der „ND“-Journalisten

An der Schönhauser Allee angekommen, rufe ich mir den Stadtplan und die Bilder aus dem Internet ins Gedächtnis und – siehe da! – plötzlich stehe ich vor der Kulturbrauerei. Das war ja einfach!

Noch ist nichts los, aber kurz nach elf Uhr strömen die Besucher auf das Festgelände. Auf zwei Bühnen gibt’s abwechselnd Kultur und Politttalk mit Prominenten, die Stände vom „ND“, Karl-Dietz-Verlag, unserer Bundestagsfraktion und dem Parteivorstand sowie von der Europäischen LINKEN reihen sich aneinander. Cuba Si ist vertreten, die DKP, die Tschechische Linke, Sozialverbände und die Jugendverbände und vieles mehr.

Für die Kleinen gibt’s Kasperletheater, Spiele und Schminken. Und hungern muss auch niemand. Also, für Jeden ist was dabei.

Nur das mit dem Wetter, das müssen wir wohl noch etwas üben – andauernd ging der Himmel auf und ließ eine Menge Wasser herunterfallen. Die Besucher schreckte das nicht ab – wozu gibt’s Schirme?

Ich habe mir aus dem Programm schon vorab einige Veranstaltungen herausgesucht – man kann ja schließlich nicht überall sein.

Doch der Polittalk mit Gregor Gysi und Harry Rowohlt auf dem Roten Sofa wird wegen des Regens in das Palais verlegt und da heißt es schon nach kurzer Zeit: Kein Einlass mehr wegen Überfüllung! Schade.

Ein Highlight war dann die angekündigte Gesprächsrunde mit den beiden neuen Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger, die sich den Fragen der „ND“-Journalisten stellten. Das Interesse der Besucher war enorm – trotz des erneut einsetzenden Regens. Fragen wie: „Liest Bernd Riexinger das „ND“?“ oder „Wie schafft es Katja Kipping, Mutterschaft und ihr neues Parteiamt unter einen Hut zu bringen?“ wurden ebenso beantwortet wie Fragen nach dem 120-Tage-Programm und nach der Zukunft der LINKEN überhaupt.

Eine interessante Gesprächsrunde zum Thema „Iran, Syrien: Drohen neue Interventionen?“ mit Jan van Aken (MdB), der deutschen Journalistin Karin Leukefeld und einem iranischen Publizisten, moderiert von Roland Etzel vom „ND“, fand im Palais statt. Wie ist die Lage in Syrien und welche Rolle spielen der Iran und die anderen Nachbarländer? Sollen Europa oder gar die USA intervenieren? Am Ende sind sich alle einig: Trotz der schwierigen Lage in Syrien und im Nahen Osten insgesamt – Krieg ist keine Lösung der Probleme. Und Deutschland muss endlich aufhören, Waffen und Kriegsgerät an solche Länder zu liefern!

Dass Europa die Krise gekriegt hat, ist ja hinlänglich bekannt. Griechenland, Italien, Spanien – sie alle leiden unter der Eurokrise, die eine Bankenkrise ist. Mario Candeias von der Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutiert mit Sahra Wagenknecht, Bernd Riexinger und Christoph Kleine (Blockupy Frankfurt/M.). Eine sehr interessante Runde mit Protestcharakter. Besonders die Videokonferenzen mit den Aktiven vor Ort in Griechenland und Italien sowie ein Interview mit einem spanischen Aktiven, der mit einer kleinen Delegation hier ist, wecken große Anteilnahme bei den Besuchern. Sahra Wagenknecht erklärt, dass die Deutschen eben nicht so glimpflich durch die Krise gekommen sind, wie gerne behauptet wird.

Sahra Wagenknecht und Bernd Riexiger diskutierten zum Thema „Europa kriegt die Krise“

Die Auswirkungen sind anders als zum Beispiel in Griechenland oder Spanien.

Am Schluss bleibt die Frage: Wie kriegt man die Leute auf die Straße, damit sie gegen ihr Elend protestieren? Gegen Ende der Gesprächsrunde wird es fast noch gemütlich: Wegen des schon wieder beginnenden Regens verlegt Mario Candeias das Gesprächspodium kurzerhand auf die überdachte Bühne und lädt die Zuschauer ein, sich ebenfalls mit unterzustellen.

Am Abend habe ich die Qual der Wahl zwischen der Kundgebung „Europa bricht auf gegen Bankenmacht“ und der Szenischen Lesung „Stefan Heym – Einer, der nie schwieg“. Ich entscheide mich für Letzteres. Unsere Bundestagsabgeordneten mal anders: Dagmar Enkelmann, Jan Korte, Thomas Nord, Barbara Höll, Gesine Lötzsch, Heinz Vietze, Luc Jochimsen lesen gemeinsam mit Beate Klarsfeld und dem Schauspieler und Regisseur Peter Sodann Texte, Interviews und anderes von und über Stefan Heym.

(Fortsetzung auf Seite 12)

Vom Fest der LINKEN am 16. Juni in Berlin

(Fortsetzung von Seite 11)

Eine Videoaufzeichnung der Rede des jüdischen Dichters auf der Kundgebung am 4. November 1989 in Berlin rundet die Veranstaltung ab. Ein schöner Abschluss. Super Sache, so ein Fest der LINKEN.

Und wer ist denn nun Anke aus Bremen? Ich traf sie an diesem Tage immer wieder bei den verschiedenen Veranstaltungen und jedes Mal unterhielten wir uns etwas mehr. Sie ist eine aktive LINKE aus Überzeugung und mit Leib und Seele. Sie ist stolz, dass Agnes Alpers aus ihrer Heimatstadt im Bundestag sitzt. Sie findet Sahra Wagenknecht toll und Dietmar Bartsch auch und Gregor Gysi sowieso und auch andere Abgeordnete. Und diese alten Stasi-Geschichten – was soll denn das, immer diese alten Kamellen, sollte da nicht mal irgendwann Schluss sein? Sie freut sich darüber, dass Bernd Riexinger und Katja Kipping die neuen Parteivorsitzenden sind. Aber sie ärgert sich über Intriganten in unserer Partei und über Genossen, die andere Genossen in der Öffentlichkeit schlecht machen und Machtkämpfe über die Medien veranstalten. Und was da in Göttingen passiert ist... Also, das musste doch nun wirklich nicht sein!

Es war sozusagen eine super Ost-West-Annäherung – eigentlich genau das, was DIE LINKE sich seit fünf Jahren auf ihre Fahnen geschrieben hat und wo es offensichtlich immer noch hakt.

Wir haben unsere E-Mail-Adressen ausgetauscht und ich hoffe auf regen „Briefwechsel“. Vielleicht kann man hier im Kleinen zeigen, wie es im Großen funktionieren soll.

Text und Fotos: Sigrid Mertineit

Berichtigung

Im Artikel von Dieter Brendahl, Juni-Ausgabe, Seite 7, stand fälschlicherweisw im letzten Absatz: „...haben sich nicht sehen lassen.“ Richtig wäre: „... waren nicht erwünscht.“ Wir bitten um Entschuldigung.

Redaktion „Herzblatt“

Ein Minister schafft sich ab?

Gemäß dem Bundestagswahlprogramm der FDP von 2009 trat Dirk Niebel im Wahlkampf für die Abschaffung des Entwicklungshilfeministeriums ein. Doch nachdem das Wahlkampfgetöse verstummt war, fand man ausgerechnet Herrn Niebel als Entwicklungshilfeminister(!) auf der Regierungsbank wieder.

Man konnte sich nun fragen: War das alles nur Spaß? Doch Entwicklungspolitik ist angesichts der globalen Herausforderungen und Problemen, die dieses Amt mit sich bringt, ein viel zu ernstes Thema, als das man damit einen Komiker betrauen kann.

Das rächt sich. Und so sorgt der Minister, eher durch Negativschlagzeilen als durch eine unterstützenswerte Entwicklungspolitik, für Aufmerksamkeit. Er scheint irgendwie den Hang zu haben, unangenehm aufzufallen.

Für Unmut sorgte zum Beispiel die Personalpolitik des Ministers. Hier steht der Vorwurf im öffentlichen Raum, dass der Hauptmann der Reserve treu dienende FDP-Parteisoldaten mit Posten in seinem Hause versorgt. Nur ein namentliches Beispiel, wo Dirk Niebel als Arbeitsvermittler aktiv wurde, der er zuvor mal war, ist Frau Gabriele Büssemaker. Beide kannten sich aus dem FDP-Kreisverband des früheren Generalsekretärs, und nun wurde sie durch Niebels Minister-Segen im Februar 2012 Leiterin der Service-Stelle „Engagement Global“.

Wirklich problematisch ist bei diesen Vorgängen, dass bei diesen, allein am Parteibuch orientierten Stellenbesetzungen in diesem Bundesministerium, erhebliche Zweifel an der entwicklungspolitischen Kompetenz bestehen. Noch weniger als beim Minister selbst – was eigentlich nicht hinnehmbar ist. Aber Dirk Niebel ist immer noch im Amt. Vielleicht stolpert er jetzt über einen Teppich.

Bei einem Besuch im Kriegsgebiet Afghanistan fand er noch Zeit zum Teppich-Kauf. Diesen Teppich, so wird im Juni 2012 bekannt, hat der BND-Chef am 20. Mai, auf Ersuchen des Ministers, nichtsahnend am Zoll vorbei nach Berlin geflogen. Erst die Nachfrage von Medien veranlasste den Ertappten zur Nachverzollung des 1400 Dollar teuren Mitbringsels. Am 13. Juni füllte eine Aktuelle Stunde des Bundestages das „Einkaufsverhalten“ des Teppichhändlers Dirk Niebel. Im Bundestagsplenum hatten dann auch alle Oppositionsparteien gehörige Kritik für den Minister übrig. In auffallend knappen Worten äußerte sich der Gegenstand der Debatte selbst.

Da mussten natürlich viele Fragen offen bleiben. Die zu beantworten liegt nun möglicherweise bei der Berliner Staatsanwaltschaft, die laut SPIEGEL ONLINE vom 10. Juni „einen Anfangsverdacht auf ein mögliches strafbares Verhalten“ des FDP-Politikers prüft.

Immerhin soll sich selbst die Kanzlerin angesichts der Versäumnisse des Ministers bei der Verzollung des Teppichs unzufrieden gezeigt haben. Wenn dem Entwicklungshilfeminister tatsächlich juristisch begründbare Verfehlungen nachzuweisen sind, spätestens dann muss Kanzlerin Angela Merkel ihren Stellenplan in einer Position verändern und einen Minister abschaffen. Das hauptsächlich nicht wegen der liberalen Günstlingswirtschaft bei der Postenvergabe in seinem Ministerium und auch nicht wegen der „Teppich-Affäre“. Vielmehr ist Herr Niebel nicht länger wegen seines Amtsverständnisses zu dulden, das vielen Entwicklungshelfern vor Ort übel aufstößt. Sie werfen ihm unter anderem vor, weniger im Sinne der Entwicklung der Dritte-Welt-Länder zu agieren, sondern eher die Interessen der deutschen Wirtschaft zu bedienen.

Das heißt – vielmehr aus rein politisch-inhaltlichen Gründen ist schon von einer Fehlbesetzung zu sprechen.

Und einen derart fehlbesetzten Minister kann sich doch keine Regierung leisten. Erst recht nicht, in diesem wichtigen Ressort, denn was soll sich da entwickeln?

Text: René Lindenau
Bild: www.scharf-links.de

„Bacardi“ oder „Havanna Club“?

Der Rum und die Revolution auf der größten Karibikinsel

Die Fußball-Europameisterschaft hat so manchen auf den Plan gerufen, der mit diesem bedeutenden Sportereignis seine Händlerkasse kräftig füllen wollte. Grillartikel und Spirituosen standen da besonders im Mittelpunkt der Werbeschriften, die uns wöchentlich erreichen.

Zwei Angebote für die 25. Woche brachten mich zum Nachdenken. Die eine Supermarktkette lockte die Rumfreunde mit der Marke „Bacardi“, die andere mit „Havanna Club“. Ist doch egal, ob der oder der, Rum ist Rum. Ganz so ist es nicht. Ein Blick in die Geschichte ist wie so oft auch in diesem Fall hilfreich.

Es war im Jahr 1862. „Bacardi“ wurde in Santiago de Cuba von Facundo Bacardi gegründet. Nach dem Sieg der Kubanischen Revolution ließ sich die Firma wegen der drohenden Verstaatlichung in den USA nieder. Kein außergewöhnlicher Vorgang damals. In diesem Fall aber schon. Die Nachfolger des Firmengründers ignorierten die von Facundo Bacardi selbst festgestellte Tatsache: „Wahr ist, dass es in keinem Land einen Rum wie den unseren kubanischen gab und geben wird. Auch keinen ähnlichen. Die außerhalb Kubas hergestellten Sorten sind nicht aus dem besten Rohstoff, den es überhaupt gibt, nämlich der Melasse aus dem kubanischen Zuckerrohr.“ Der Mann wusste wovon er spricht und liefert uns mit dieser Feststellung den ersten Punkt für „Havanna Club“, der 1878 von Josè Arechabala aus der Taufe gehoben wurde.

Wie erging es dieser Marke nach der Revolution? Im Rum-Museum in Havanna erfährt man darüber genug. Alle bedeutenden Rumproduzenten Kubas, darunter auch „Havanna Club“, wurden in der Gesellschaft Cuba Ron zusammengefasst. „Havanna Club“ ist deren wichtigste Marke. Jährlich bringt sie dem mit US-Embargo belegten Inselstaat Einnahmen von fast 30 Millionen US-Dollar. Das Ministerium für Nahrungsgüterindustrie kauft davon Lebensmittel, die in nationaler Währung an die Bevölkerung verkauft werden.

Unschwer ist zu erkennen, wie der Vertrieb von „Havanna Club“ einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Versorgungslage in Kuba leistet. Damit geht auch Punkt zwei an „Havanna Club“. Der wird übrigens von der französischen Gruppe Pernod Ricard vertrieben. Immer wieder hat Bacardi versucht, rechtswidrig seine Pfründe auf Kosten von „Havanna Club“ zu sichern. Fällt es jetzt noch schwer, sich für „Bacardi“ oder „Havanna Club“ zu entscheiden?

Es ist schon wichtig, etwas mehr über Kuba zu wissen. „Was einige hiesige Medien über das kleine Land verkünden, entstammt einer gewissen Verliebtheit in den Kapitalismus“, sagte vor wenigen Wochen ein Teilnehmer der Begegnung mit dem langjährigen Botschafter der DDR in Kuba und Lateinamerika-Spezialist, Heinz Langer, in Cottbus.

Sein viertes Sachbuch zu Kuba hat er inzwischen veröffentlicht. Es umfasst die Entwicklung des Landes von 2007 bis 2011. „Mit Bedacht, aber ohne Pause“, so der Titel. Entlehnt ist er Worten von Staatschef Raul Castro im Umfeld des VI. Parteitages der PCC (Kommunistische Partei Kubas). Dieser Parteitag brachte einiges in Wallung, bei den internationalen Medien, wie auch bei vielen kubafreundlich gesonnenen Menschen. Wen wundert das, wenn SPIEGEL ONLINE kurz und knapp verlauten lässt: „Die Kubaner werden in den Kapitalismus entlassen, weil der Staat sie nicht mehr bezahlen kann.“ Wenn man die Mechanismen des hiesigen Kapitalismus auf das sozialistische Kuba projiziert, kommt so etwas eben heraus.

Botschafter a.D. Heinz Langer sprach in Cottbus über die Veränderungen in Kuba.

Diesen Kardinalfehler begeht Heinz Langer nicht. Er gibt in seinem Buch auch keine Empfehlungen oder macht gar Vorschriften. Vorhandene Probleme, Fehler und Schwächen verschweigt der Kuba-Kenner an keiner Stelle.

Kuba ist sich bewusst, dass es ein wirtschaftlich armes Land der Dritten

(Fortsetzung auf Seite 14)

„Fiesta de Solidaridad“ am 28. Juli

Die AG Cuba Sí lädt am 28. Juli ab 14.00 Uhr in die Lichtenberger Parkaue in Berlin wieder zu ihrer traditionellen „Fiesta de Solidaridad“ ein. Dieser Tag wird ein Treffen der Solidaritätsgruppen und der vielen Freunde Kubas sein, und es werden tausende Besucher erwartet. Das Datum der Fiesta bezieht sich auf den kubanischen Nationalfeiertag am 26. Juli. An diesem Tag im Jahr 1953 stürmten die Revolutionäre um Fidel Castro die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba, er markiert den Beginn der kubanischen Revolution und gab der „Bewegung des 26. Juli“ (M-26-7) ihren Namen.

Die Fiesta steht diesmal ganz im Zeichen der Linksprozesse in Lateinamerika, der ALBA-Staaten und der Wahl in Venezuela am 7. Oktober. Gäste aus Kuba sowie Vertreter der kubanischen und venezolanischen Botschaft werden erwartet. Außerdem können die Besucher in den Talkrunden viel über die Arbeit der verschiedenen deutschen Solidaritätsgruppen erfahren.

Unbedingt beteiligen sollte sich Jeder an der großen Solidaritätstombola, denn der Hauptpreis ist ein Flugtickt nach Havanna. Die kleineren Kubafans werden bei einem großen Kinderfest und Clown Pepino voll auf ihre Kosten kommen.

Aber keine Fiesta ohne Musik: Das „Trio Saoco“, „Sister Fa“ sowie die bekannte venezolanische Band „Dame pa matala“ werden die Gäste begeistern. Ab 20.00 Uhr wird die Parkaue dann zu einer riesigen Tanzfläche, wenn „Expresión Latina“ aufspielt. Nos vemos – wir sehen uns.

Jörg Rückmann (AG Cuba Sí)

„Bacardi“ oder „Havanna Club“?

(Fortsetzung von Seite 13)

Welt ist. Die Politik sieht als einzig gangbaren Weg, von der Wissenschaft, den spezialisierten Dienstleistungen und letztlich von dem zu leben, was das Land an akkumulierten Wissen hervorgebracht hat. Der Anteil von Medikamenten, biotechnologischen Erzeugnissen, Dienstleistungen, Lizenzhandel und Tourismus an den Ausfuhren Kubas erhöht sich zunehmend, schätzt Heinz W. Hammer von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. ein.

Damit keine Irrtümer über den weiteren Weg Kubas entstehen, zitiert Heinz Langer Kubas Vizepräsidenten Josè Ramón Machado Ventura: „Wir werden ohne populistische, demagogische oder betrügerische Lösungen agieren. Wir lassen uns nicht von Kampagnen der ausländischen Presse leiten. Wir schreiten weiter voran mit Verantwortungsbewusstsein, Schritt für Schritt, im Rhythmus, den wir selbst bestimmen, ohne Improvisation noch Übereilungen, um nicht fehl zu gehen und um endgültig Fehler oder Maßnahmen hinter uns zu lassen, die sich uns unter den gegenwärtigen Bedingungen aufdrängen könnten.“

Heinz W. Hammer zieht daraus den Schluss, dass es ein weit verbreiteter Irrtum sei, wenn variantenreich, überwiegend vom Ausland aus, behautet wird, dass die Korrekturen oder Reformen einer tiefen Krise der kubanischen Wirtschaft oder gar des politischen Systems geschuldet wären. Was das Thema „Krise des Systems“ angeht, so lohnt sich übrigens durchaus ein Blick auf die kapitalistischen Metropolen.

Jeder, der sich für Kuba etwas näher interessiert und sich nicht nur einseitig orientiert, weiß von den üblichen Bürgerversammlungen. Probleme und Lösungsvorschläge werden dargelegt, die von den Bürgerinnen und Bürgern ergänzt, abgelehnt oder auch erweitert werden können. Über fünf Millionen Kubanerinnnen und Kubaner beteiligten sich im September/Oktober 2007 an 215 687 Bürgerversammlungen. Man stelle sich einmal vor, so Heinz W. Hammer, die Einführung der Hartz-Armutsgesetze, die EU-Mitgliedschaft und so weiter wären hierzulande einer solchen Volksaussprache unterworfen worden. In Kuba jedenfalls traten auf dieser Grundlage entsprechende Erlasse und Gesetze in Kraft.

Text und Fotos: Harald Müller

Investition in den Tourismus: Alte Loks und Waggons, die einst Arbeiter auf die Zuckerrohrplantagen brachten, werden – wie hier in der Altstadt von Havanna – für Fahrten mit Touristen wieder in den einstigen Glanz versetzt. Dass das ein Erfolg wird, daran zweifelt niemand.

Gedenken an Lidice

Zum 70. Jahrestag der grausamen Rache der Faschisten

Dieser Ortsname ist, wie viele andere auch, verbunden mit Krieg, Faschismus, Vernichtungsstrategie und Völkerhass.

Vor 70 Jahren – am 10. Juni 1942 – wurde dieses Dorf besonders bestraft und dem Erdboden gleich gemacht. 321 Bewohner dieser Ortschaft Lidice wurden ermordet, 3000 Prager willkürlich verhaftet und 1300 Menschen gleich hingerichtet. Die anderen in Konzentrationslager verschleppt.

Was war geschehen? Am Morgen des 27. Mai 1942 gelang kurz vor Prag ein erfolgreiches Attentat auf Reinhard Heydrich, welcher auf dem Prager Hradschin die Aufgabe übernommen hatte, die sogenannte Endlösung der Judenfrage zu organisieren. Heydrich erlag an den Folgen des Attentats. Die Rache der Faschisten war grausam und oft wurde später angesichts der Opfer die Frage aufgeworfen: „War das Attentat sinnvoll?“ Die Außenwirkung dieser Aktion war wohl das Wichtigste. Erstmalig wurde der Welt gezeigt, dass ein von Deutschland unterworfenes Volk sich dem faschistischen Terror nicht widerstandslos ergab.

Übrigens, erst 67 Jahre später ‚bekamen diese Friedenskämpfer Gabcik, Kubis und Valcik ein Denkmal dort in der Straßenkurve, in der die Tat ausgeführt wurde. Ihre Verstecke wurden verraten und sie wurden schließlich von der Gestapo mit anderen erschossen. Und Lidice fiel der Propagandalüge zum Opfer. Angeblich sollen sich die Attentäter dort versteckt haben.

Heute ist zwischen der ursprünglichen und der neu gegründeten Gemeine Lidice ein Gedenkpark einschließlich eines Rosenparks nach moderner Gartenarchitektur gestaltet. Die Idee, solche eine Gedenkstätte zu errichten, wurde von vielen Ländern unterstützt. Es existiert aus den 50er und 60er Jahren eine Liste der Staaten, die Rosen für den Rosenpark der Freundschaft und des Friedens in Lidice schenkten: Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Tschechoslowakei, China, Kuba, Luxemburg, Ungarn, Mexiko, DDR, BRD, Norwegen, Neuseeland, Polen, Österreich, Rumänien, Sowjetunion, Schweden, Schweiz, USA und Großbritannien.

Zum 70. Jahrestag der Vernichtung des „alten“ Lidice konnte ich vielen Abordnungen zum Gedenken an die Grausamkeit und zugleich als Warnung vor Krieg und Kriegsfolgen mit Kränzen und Blumen begegnen.

Überwältigend für mich – ich war mit einer Delegation der LINKEN des Eurocamp 2012 dort – war das Denkmal für die nach dem SS-Massaker verschleppten Kinder von Lidice und ein dort vorgetragener Chorgesang von japanischen Kindern.

Gudrun Hibsch

Erstes „Sandower Chorfest“ am 9. Juni

Frühsommer – Festlaune ...

Die Sandower, vor allem auch die Älteren, hatten Grund zu Freude:

Im Blechen-Park startete das erste „Sandower Chorfest“ am 9. Juni unter Regie von Chorleiterin Vera Schmidt und der Bücherei-Vereinsvorsitzenden Gudrun Hibsch.

Erstmalig kam dabei in Sandow eine Festbühne zum Einsatz, die Anfang des Jahres von der Sparkasse Spree-Neiße für Vereinszwecke gestiftet wurde und vom Stadtsportbund verwaltet wird. So waren die sangesfreudigen Chormitglieder für die etwa 180 Festbesucher gut zu sehen und zu hören.

Nachdem der Deutsch-Sorbische Chor aus Sielow die „Lustigen Tage“ eingeläutet hatte, verwies der 1976 gegründete Frauenchor Cottbus mit „Wieder blühet die Linde“ auf das wunderschöne Ambiente des Veranstaltungsortes. Mit „Kein schöner Land“, „Hoch auf dem gelben Wagen“ und „Das Wandern ist des Müllers Lust“ animierten die „Sangesfreude“ aus Ströbitz auch die Letzten zum Mitsingen. Erstaunt über das mitsingende Sandower Publikum zeigte sich die Chorleiterin: „Sie kennen ja wirklich alle Strophen!“ Und sie versprach zum Abschluss: „Im nächsten Jahr machen wir hier wieder ein Chorfest!“

An dieser Stelle sei den Mitarbeiterinnen der MEDICUS GmbH und Katrin Jänchen vom städtischen Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen gedankt, die diese Veranstaltung durch ihr unkompliziertes Engagement ermöglicht haben - ebenso den Fördermittelgebern der „Sozialen Stadt“, ohne deren Zuwendungen dieses Fest sicher nur halb so schön gewesen wäre.

Dr. R. Fischer, Stadtteilmanager

Integrationskindergarten „Janusz Korczak“ feierte seinen 40. Geburtstag

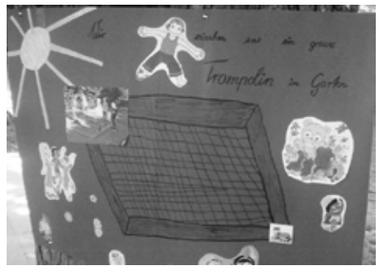
Aufruf zur Spende

Am 10. Juni fand in Cottbus ein Ereignis statt, das weitgehend, zu Unrecht, nicht beachtet wurde. Der Integrationskindergarten „Janusz Korczak“ feierte seinen 40. Geburtstag. Hier wird bereits seit 40(!) Jahren Inklusion gelebt. Ein Wort, das damals gar nicht bekannt war. Behinderte und nichtbehinderte Kinder werden hier gemeinsam auf die Schule vorbereitet, spielen und lernen gemeinsam. Fatal ist die dann vorgenommene Aussonderung der Kinder in „normale“ Schulen und Förderschulen. Denn Inklusion beginnt eben nicht erst in der Schule, sondern weitaus früher - im Kindergarten.

Diese Einrichtung ist wichtig für die Stadt an sich, für die Eltern und vor allem für die Betroffenen. Umso eher behinderte und nichtbehinderte Menschen miteinander zu tun haben und sich kennenlernen, desto eher ist der Umgang miteinander normal und nicht außergewöhnlich. Nur so werden Vorurteile beseitigt. Nur so ist die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am alltäglichen Leben möglich.

Eine Bitte: Der Kindergarten ist auf Spenden angewiesen. Die Kinder wollen gerne eine feste Trampolinanlage errichten. Diese ist aber sehr teuer (5000 Euro). 1000 Euro sind durch Spenden bereits zusammengekommen. Vielleicht gelingt es durch diesen Aufruf, noch weitere Spender zu aktivieren. Das wäre für die behinderten und nichtbehinderten Kinder sehr wichtig. Spender können sich bei der Leiterin der Einrichtung, Frau Kraus, Telefon: 47 82 30, melden.

Jürgen Maresch,
Landtagsabgeordneter,
Sprecher für Menschen
mit Behinderung und Minderheiten



Buchbesprechung

Marc Levy:

„Kinder der Hoffnung“

Im von den deutschen Faschisten besetzten Südfrankreich entschließen sich zuerst Jugendliche aus jenen Ländern, die schon länger von den Nazis besetzt sind, zum bewaffneten Widerstand. Vieles steht gegen sie: Die berechtigte Furcht ihrer Eltern vor diesem Wagnis, die latente und auch offene Ausländer- und Judenfeindlichkeit zahlreicher Franzosen, die Konkurrenz zwischen der multiethnischen Résistance und der mehr national geprägten Widerstandsbewegung unter General de Gaulle – und nicht zuletzt ihr eigenes Gewissen, das sich sträubt, deutsche Offiziere einfach zu erschießen. Die französischen Behörden unter der Herrschaft der deutschen Faschisten haben aber keine Skrupel, ihre patriotischen Landsleute und Antifaschisten aus anderen Ländern aufzuspüren, hinzurichten oder den Deutschen ans Messer zu liefern. Solche Kollaborateure zahlen dafür einen hohen Preis: Wer sich als Franzose am Tode von Résistance-Kämpfern schuldig macht, stirbt sehr bald durch einige Kugeln.

In diesem gnadenlosen Kampf versuchen die jungen Leute dennoch, Reste von Menschlichkeit zu wahren. Nur deutsche Offiziere sind Ziel von Attentaten, einfache Soldaten werden geschont. Niemand wird von hinten abgeknallt, stets geht ein kurzer Anruf voraus. Sprengfallen werden unter Schonung von Zivilisten verwendet. Sabotage und Zerstörung von deutschen Waffen und Transporteinrichtungen sind ebenso wichtig wie das Töten von Gegnern. Nicht jede Aktion gelingt. Verhaftungen, tödliche Unfälle, Verrat und auch die eigentlich streng verbotenen Liebesbeziehungen erschweren den illegalen Kampf. Und doch bedauert mancher Kämpfer vor seiner Hinrichtung, die Liebe nicht genossen zu haben.

Marc Levy schreibt spannend und dennoch nachdenklich. Das Buch beruht offenbar auf der Biografie seines Vaters und dokumentierten Unterlagen. Wer heute gegen faschistische Tendenzen angeht, kann sich hier sehr viel Motivation holen.

Dietrich Loeff

Knaur Taschenbuch Verlag,
München 2010

Termine

05.07. **18.00 Uhr Aktivenkonferenz**
Stadthaus

07.07. **14.30 Uhr Sommerfest**
Freizeitoase

09.07. **16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“**
Geschäftsstelle
18.30 Uhr Kreisvorstand Lausitz
Geschäftsstelle

07.07. **14.30 Uhr Sommerfest DIE LINKE**
Freizeitoase

03.08. **16.00 Uhr IG Politische Bildung**
Geschäftsstelle
14.00 Uhr Befahrung Wahlkreis durch LV Brandenburg
Geschäftsstelle

06.08. **16.00 Uhr Redaktionskommission „Herzblatt“**
Geschäftsstelle

13.08. **18.30 Uhr KV-Lausitz**
Geschäftsstelle

15.08. **17.00 Uhr BO 32 Auswertung des Bundesparteitag**
„Brandenburger Hof“

Nachruf

Allen politischen Freunden und Gegnern zur Kenntnis:

Genosse Martin Schmidt

ist im Juni 2012 verstorben.
Er war ein kluger Mensch, ein Macher, ein LINKER, einer, dem das Wohl der Menschen in seiner Heimatgemeinde stets über dem Eigenen stand.
Wir werden ihn nie vergessen.

Basisorganisation 85

Wir gratulieren zum Geburtstag

Juli

zum 95 . Balting, Max (27.7.)

zum 91. Kockjoy Erika (9.7)
Neugebauer, Walter (30.7.)

zum 89 Richter, Dora (18.7.)
Schellenberger, Heinz (22.7.)

zum 86. Blum, Erika (19.7.)

zum 85. Mattigk, Anni (12.7.)

zum 84. Strnad, Walter (5.7.)
Barsig, Heinz-Dieter (25.7.)

zum 83 Swensson, Harald (2.7.)
Irrgang, Gerda (5.7.)
Pötsch, Margot (10.7.)
Schmidt, Walter (11.7.)
Haufe, Adelheid (19.7.)

zum 81. Garbe, Christa (5.7.)
Polenz, Helmut (22.7.)

zum 70. Szcepanik, Lisa (3.7.)
Telemann, Joachim (27.7.)

August

Zum 89 Berger, Ursula (15.8.)

zum 88 Kluge, Heinz (3.8.)

zum 85 Herfurt, Karl (5.8.)
Stephan, Berta (3.8.)

zum 84 Gold, Gisela (11.8.)

zum 83 Haiasch, Ilse (5.8.)

zum 82 Janetzko, Helene (8.8.)

zum 80 Schumacher, Winfried (2.8.)

zum 70 Kochall, Willi (3.8.)

Wir trauern um Martin Schmidt

Am 14. Juni ist nach schwerer Krankheit der langjährige Bürgermeister von Burg (Spreewald), Martin Schmidt, verstorben. Wir verlieren einen aufrechten, ehrlichen und bescheidenen Menschen. Er wurde nicht nur von seinen Wählern geachtet, Martin genoss hohes Ansehen über die Grenzen seiner Gemeinde hinaus. Die Einheit von Wort und Tat bestimmten stets sein Handeln zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Solidarisch arbeitete er mit allen gesellschaftlichen Kräften zusammen und pflegte die sorbische Kultur.

Unter seiner maßgeblichen Mitwirkung entstand der 2. Hafen von Burg, der eine wichtige Grundlage für die touristische Entwicklung der Region war und ist. Fast 40 Jahre stellte er seine gesamte Kraft in den Dienst der niedersorbischen Gemeinde im Spreewald. In all den Jahren hat er unserer Partei stets die Treue gehalten und sein Wissen und Können für eine menschliche und gerechte Gesellschaft eingesetzt.

Wir trauern um unseren Bürgermeister, um unseren Kreistagsabgeordneten, wir trauern um unseren Freund, Genossen Martin Schmidt.

Matthias Loehr, Kreisvorsitzender
Diethelm Pagel, Fraktionsvorsitzender im Kreistag
Andreas Hahm, Fraktionsvorsitzender in Burg (Spreewald)

Impressum

Herausgeber:
DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Jürgen Siewert

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss August-Ausgabe:

21. Juli